

Beitrag zur programmatischen Diskussion: Bedeutung öffentlichen Eigentums für praktische sozialistische Politik am Beispiel des Verkaufs der Dresdner WOBA

Die neue Linkspartei aus den Fesseln alten Denkens befreien

(Offener Brief von Christine Ostrowski und Ronald Weckesser an Mitglieder, Sympathisanten und Mandatsträger der Linkspartei.PDS)

Als letzte der relevanten politischen Kräfte schickt sich - anderthalb Jahrzehnte nach der staatlichen Vereinigung – nun auch die deutsche Linke an, die Einigung zu vollziehen. Die dadurch ausgelöste Euphorie ermöglichte es erstmals, Teile des von der soziologischen Forschung seit Jahren konstatierten »linken Potentials« zu bündeln und politisch wirksam werden zu lassen. Es entstand eine zusätzliche politische Kraft, die den Sprung in den Bundestag schaffte, aber bislang weder ein einheitliches Programm vorweisen kann, noch damit breit verwurzelt ist.

Zugleich förderte dieser furiose Start alle sattsam bekannten »linken Unarten« zutage: in aller Öffentlichkeit werden verbitterte ideologische Grabenkämpfe ausgetragen - zunächst einmal um »die Hegemonie in den eigenen Reihen«. Die Erscheinungsformen differieren, in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern richten sie sich massiv gegen Regierungsbeteiligung, insgesamt großenteils diffus gegen Übernahme konkreter Verantwortung. Oskar Lafontaine machte in einem Interview mit dem »Neuen Deutschland« (13.2.2006), doch nicht nur dort, den von der Mehrheit der Stadtratsfraktion der Linkspartei in Dresden unterstützten Verkauf der städtischen Wohnungsgesellschaft WOBA zum Präzedenzfall vermeintlicher Unterwerfung linker Politiker unter den Neoliberalismus, der es entgegenzutreten gelte. Unverhohlen fordert er die Befürworter des WOBA-Verkaufs zum Verlassen ihrer Partei auf.

Unbeschadet aller unsachlichen Polemik nehmen wir die Herausforderung einer ernsthaften Debatte über die Bedeutung des öffentlichen Eigentums für zukunftsfähige demokratisch-sozialistische Politik an.

Real- statt Symbolpolitik

Unter Führung eines CDU-Oberbürgermeisters und einer »bürgerlichen« Stadtratsmehrheit, mit Billigung des Regierungspräsidiums und Duldung des stets CDU-geführten Innenministeriums wurde Dresden seit 1990 in eine unverantwortliche Verschuldung und an den Rand der Handlungsfähigkeit manövriert. An dieser Situation ändert die zutreffende Feststellung, dass wir mit unserer Kritik an verfehlten Ausgaben für Prestigeprojekte und einer unzureichenden Finanzausstattung der Kommunen insgesamt Recht hatten, leider nichts. Auch der Verweis darauf, dass bei einer vernünftigen Besteuerung der oberen Zehntausend die Kommunen nicht unter dem gegenwärtigen finanziellen Druck stünden, ist wenig hilfreich.

Wir stehen *jetzt*, da wir auf Grund des Votums der Dresdner Wählerschaft über größeren Einfluss auf die kommunale Mehrheitsbildung verfügen als in der Vergangenheit – worum wir viele Jahre hart gekämpft haben - vor der Entscheidung, *diese* Chance zur Erweiterung des Spielraums für soziale und kulturelle Belange zu nutzen oder uns in eine fundamentalistische Verweigerungshaltung zu flüchten und auf bessere Zeiten zu hoffen.

Es geht um die Grundsatzentscheidung: *Linke* Realpolitik oder ideologische *Symbolpolitik*.

Fakten statt Seifenblasen

Nirgendwo in Deutschland entscheiden Gemeinderäte über die Höhe von Wohnungsmieten, auch nicht bei Unternehmen in öffentlichem Eigentum. Das sollte Lafontaine als gestandener Kommunalpolitiker wissen. Die von ihm angesprochenen »Entscheidungen« über Park- oder Friedhofsgebühren sind ohnehin Nebensächlichkeiten im kommunalpolitischen Geschäft. Verkehrsinfrastruktur und Stadtentwicklung jedoch, mit denen die langfristigen Weichen für das Zusammenleben der Menschen gestellt werden, und mit denen die Rahmenbedingungen für das Soziale gesetzt werden, sind von den

Anteilsverhältnissen privaten, genossenschaftlichen oder kommunalen Eigentums am städtischen Wohnungsbestand nicht oder nur unwesentlich beeinflusst. Erheblichen Einfluß darauf haben aber die finanziellen Möglichkeiten und das Vermögen einer Kommune, sich dem Druck der Rechtsaufsicht, den »goldenen Zügeln« der Förderpolitik von Land, Bund und Europäischer Union mit einigermaßen Aussicht auf Erfolg entgegenstemmen zu können. Lafontaines Warnungen vor dem Verlust von Einflussmöglichkeiten gehen also an der Sache vorbei.

Ohne uns hätte es jedoch weder die in Deutschland bislang beispiellose Dresdner Sozialcharta, mit langjährigem Kündigungsschutz und Mietpreis-Begrenzungen gegeben. Es steht jedem frei, die Tragfähigkeit dieser Vereinbarung in Zweifel zu ziehen, er muss dann aber auch sagen, wieso ausgerechnet von der WOBA - einem hoch verschuldeten Unternehmen, das bereits jetzt strikt zu Wirtschaftlichkeit verpflichtet ist - das künftige Mieter-Paradies auf Erden und eine geradezu himmlische Stadtentwicklung zu erwarten sein sollte.

Die WOBA hatte Anfang der 90-er Jahre über 160.000 Wohnungen, heute sind es noch rund 47.000. Unter dem Druck von Altschuldenhilfegesetz und Privatisierungsfetischismus wurde also schon bisher fleißig privatisiert, wenn auch ohne die – einst auch von uns - beschworenen *katastrophalen Folgen*. Parallel zum Wohnungsbestand wurde das Personal abgebaut, allein in den beiden letzten Jahren rund 150 Mitarbeiter. Auch die Mieten wurden - soweit es der Wohnungsmarkt hergab - nach Maßgabe des gesetzlich Zulässigen erhöht. Genau wie bei genossenschaftlichen oder privaten Vermietern. Ohne dass sich die politische Linke für solche Entwicklungen jemals sonderlich engagiert hätte, Wohnungspolitik wurde den Fachpolitikern überlassen. Steuerungsinstrument der Stadtentwicklung schließlich, war die WOBA zu keiner Zeit; ihr Unternehmensgegenstand ist laut Gesellschaftervertrag das Verwalten und Bewirtschaften von Wohnungen.

Also Fakten statt bunt-schillernder Seifenblasen.

Handeln statt Predigten

Mit der These *»Markt und Gesellschaft können nur funktionieren, wenn es einen starken öffentlichen Sektor gibt«*, erweckt Lafontaine den Eindruck, öffentliches Eigentum sei entscheidendes Steuerungsinstrument und unverzichtbar für die Sicherung der Daseinsfürsorge. Wenn unterstellt wird, Wohnen sei *so existenziell*, daß es *deshalb* nicht privatisiert werden dürfe, bleibt aber zu fragen, ob nun auch die Verstaatlichung von Bäckereien auf die linke Agenda gehört, ist doch das tägliche Brot mindestens so unentbehrlich. Auch ein Blick über den »Gartenzaun«, in andere zivilisierte europäische Länder zeigt, dass Deutschland mit seinem hohen Anteil kommunaler Wohnungswirtschaft eine gewisse Sonderstellung innehat. Das Recht auf menschenwürdiges Wohnen auch für diejenigen, die sich nicht aus eigener Kraft versorgen können, ist auch anderweitig zu sichern.

Wir stimmen daher der Aussage von Peter Porsch zu, der in seinem ND-Beitrag *»Unbeantwortete Fragen für die neue Linke«* (11.2.2006) schrieb: *»Der schlichte Gegensatz zum Neoliberalen ergibt noch kein Konzept. Nur weil – beispielsweise – die einen alles privatisieren wollen, ist nicht unbedingt jede Privatisierung verwerflich. Wir sollten vielmehr ganz einfach immer fragen: Wem nützt was? Und uns dann für das entscheiden, was dem sozialen Ausgleich dient, der Freiheit der Schwachen, deren Selbstbestimmung wir wollen. Denn diese Perspektive ‚von unten‘ ist links.«* Wir sagen: Die WOBA-Privatisierung *in der von uns maßgeblich mitgestalteten konkreten Form* nützt der gesamten Stadtbevölkerung, den Mietern und den WOBA-Beschäftigten, sie stärkt die öffentliche Hand und dient der sozialen Profilierung Dresdner Kommunalpolitik insgesamt.

Wir predigen nicht, wir handeln!

Erkenntnis statt Glauben

Die Mietnebenkosten sind längst eine »zweite Miete«, deren rasante Steigerung viele Mieter mehr belastet als die im sächsischen Durchschnitt seit Jahren weitgehend stagnierenden Mieten. Auch öffentliche Unternehmen bilden keine Ausnahme. Die Stadtwerke Leipzig beispielsweise liegen bei den Energiepreisen an der Spitze der Preistreiberei, geduldet - zumindest stillschweigend - von Auf-

sichtsräten unserer Partei. Wo bleibt die *organisierte* Welle der Empörung, ergreifen unsere Bundespolitiker öffentlichkeitswirksam gegen *solche* Fehlentwicklungen das Wort? Oder tun sie es im uninterfragten Glauben nicht, öffentliches Eigentum sei an sich gut - ohne sich um Analyse und Erkenntnis tatsächlicher Wirkungszusammenhänge zu bemühen? Gefangen von der Pseudo-Logik, die Bewirtschaftung eines Wohnungsbestandes müsse in Folge einer Privatisierung automatisch unsozialer sein.

Mit Politik hat das nichts zu tun, es ist eine Form politischer Religiosität.

Analyse statt Angst

Das Recht auf bezahlbares, menschenwürdiges Wohnen hat gerade in der Dresdner PDS von Beginn an eine zentrale Rolle gespielt, mit diesem Thema machte sich die PDS hier mit öffentlichkeitswirksamen Kampagnen erstmals einen Namen. Ängste betroffener Mieter muss die Politik immer sehr ernst nehmen. Verantwortungsbewußte Politik hat jedoch rationale Analyse zur öffentlichen Meinungsbildung beizusteuern, statt undifferenziert solche Ängste zu schüren. So ist eine Privatisierung öffentlicher Wohnungen in einer Stadt mit erheblichem Wohnungsleerstand wie Dresden *selbstverständlich* anders zu bewerten als in einer Stadt mit Wohnungsnot wie München, und macht andere Entscheidungen erforderlich. Und heute sagen wir: Wir können dieses Recht in Dresden auch ohne kommunale Wohnungsgesellschaft sichern.

Solche Ängste gar noch als Mittel innerparteilicher Profilierung zu nutzen, ist erst recht verantwortungslos. Das gilt auch für diejenigen, die so tun, als sei risikolose Politik möglich: Wer aus Angst vor Risiken nichts gegen die horrende Verschuldung der öffentlichen Hand tut – das gilt nicht nur für Dresden! –, bürdet schon der jetzigen, um so mehr den künftigen Generationen unkalkulierbare Risiken auf und beraubt Politik ihrer Steuerungskraft. Wirkliche Angst machen müßte es, wenn wir dieser Entwicklung tatenlos zusähen.

Zahlen statt Dogmen

Dresden schuldenfrei zu machen ist ein wichtiges Signal für ganz Deutschland. Es wird auch in der politischen Linken immer wieder gern behauptet, entscheidend sei, wofür der Staat sich verschuldet, für Zukunftsinvestitionen sei dies vertretbar. Diese gebetsmühlenartig wiederholte Aussage ist zwar an sich nicht falsch, ignoriert jedoch, dass die von parteipolitisch höchst unterschiedlichen Verantwortungsträgern auf allen Ebenen, mit immer wieder dieser Begründung über Jahrzehnte angehäuften gigantischen Schuldenberge, so sehr viel zur Zukunftsfähigkeit des Landes nicht beigetragen haben können. Sieht man sich beispielsweise die dramatischen Defizite bei der Kinderbetreuung vor allem im Westen, die unbefriedigenden PISA-Ergebnisse, die massenhafte Abwanderung junger Wissenschaftler, den Mangel an Innovation im internationalen Vergleich an.

Gleichzeitig werden die meisten Länder- und Kommunalhaushalte, wie auch der Bundeshaushalt, zunehmend vom Kapitaldienst dominiert. In Dresden belegt er Platz drei, dicht hinter den Ausgabeblöcken für Personal und Soziales. In Folge dieser fortschreitenden Entwicklung wurden die finanzpolitischen Spielräume immer mehr eingeengt. Und im Gegensatz zu verbreitetem Irrglauben hat exzessive Verschuldung weder höhere Beschäftigung oder niedrigere Arbeitslosigkeit, noch höhere Geburtenraten oder Wirtschaftskraft zur Folge. Ein einfacher Vergleich der Situation der fünf neuen Länder macht das hinreichend deutlich. Ja, wir wollen das Angebot der flächendeckenden Ganztags-Kinderbetreuung, die uneingeschränkte Beteiligung einkommensschwacher Familien am öffentlichen Leben, eine soziale und solidarische Stadt bereits jetzt – deshalb sorgen wir uns auch schon heute um die nachhaltige Sicherung der dafür erforderlichen Mittel.

Konsolidierung der öffentlichen Finanzen ist keine neoliberale Spinnerei, sondern sozialpolitischer Imperativ.

Gesellschaft statt Staat

Politik wirkt im Wesentlichen über die Steuerung durch Gesetze, Verordnungen, Planungen und die Verteilung von Geld. Ihr Adressat ist nicht der Staat, sondern die Gesellschaft. Peter Porsch wünscht

sich in seinem ND-Beitrag, »dass die im Bundestagswahlkampf plakatierte ‚neue soziale Idee‘ wirklich eine neue ist, zu Hause in der Mitte dieser Gesellschaft.« Dem stimmen wir ebenso zu wie der Forderung von Dietmar Bartsch, auch die angestrebte neue Partei aus PDS und WASG müsse sich zum demokratischen Sozialismus bekennen. Wir fügen hinzu: Wer nur einfach »links« sein will, verfängt sich im Reflex, immer das Gegenteil von dem wollen zu müssen, was andere als »Mitte« oder gar als »Rechts« definieren. Dabei wird vergessen, dass dies Etiketten der bestehenden Gesellschaft und ihrer Politik sind, über deren Tellerrand doch gerade wir als demokratische Sozialisten hinausdenken wollen.

Gerade angesichts unbestreitbarer Fakten wie demografische Entwicklung und Globalisierung ist unsere soziale Idee nur dann langfristig für viele, gerade jüngere Menschen attraktiv und in der politischen Konkurrenz wettbewerbsfähig, wenn wir sie aus den Fesseln altsozialdemokratischen und altkommunistischen Denkens befreien. Wir sind nur erfolgreich, wenn wir innovativ sind und zu situationsadäquaten Lösungen kommen. Den WOBA-Verkauf halten wir unter den konkreten Bedingungen für eine solche Lösung.

Wir würden es begrüßen, wenn es im Geiste einer solchen Kreativität zu einer wirklich sachlichen und offenen Debatte über die Bedeutung des »öffentlichen Sektors« für demokratisch sozialistische Politik kommt. Dabei darf die Not nicht zur Tugend erklärt, aber auch die Tugend vor lauter Not nicht verkannt werden!

An einer solchen Debatte beteiligen wir uns gern – nicht aber an Schlachten von gestern mit Mitteln von vorgestern.

Christine Ostrowski

Stadträtin

Langjährige Dresdner PDS-Stadtvorsitzende, ehemalige Volkskammer-, Landtags- und Bundestagsabgeordnete der PDS, seit vielen Jahren aktiv mit Wohnungspolitik befaßt

Ronald Weckesser

Stadtrat

Langjähriger PDS-Stadtfraktionsvorsitzender, Vorsitzender Haushalts- und Finanzausschuss Sächsischer Landtag, Fraktionssprecher sowie Federführung Alternative Landesetat-Ansätze